

Neue Schulabstimmung in Sicht

Landrat gibt sich ein Vetorecht bei Lehrplänen und Stundentafeln



Mitsprache. Schule soll nicht mehr allein Sache des Bildungsrats sein. Foto Colourbox

THOMAS GUBLER

Der Landrat hat die erste Lesung zur Revision des Bildungsgesetzes durchgeführt, die eine Kompetenzverlagerung vom Schulrat zum Landrat vorsieht. CVP und SP sind gegen die Revisionsvorlage.

Eintreten auf die Revision des Bildungsgesetzes war unbestritten. Doch von Übereinstimmung im Landrat konnte keine Rede sein. Die Gesetzesre-

vision sieht vor, dass der Bildungsrat im Bereich der Volksschule (Kindergarten, Primarschule und Sekundarstufe I) sowie der Sekundarstufe II die Stufenlehrpläne und die Stundentafeln der einzelnen Schularten nur noch vorbehaltlich der Genehmigung durch den Landrat beschliessen kann. Mit anderen Worten: Der Landrat soll ein Vetorecht erhalten. Er kann zwar weder beim Lehrplan, noch bei der Festlegung

der Anzahl Stunden für die jeweiligen Unterrichtsfächer irgendwelche materiellen Änderungen vornehmen, die Beschlüsse des Bildungsrates aber zurückweisen.

Klar für die Revision und die Kompetenzverlagerung ausgesprochen haben sich gestern FDP und SVP. Demgegenüber waren die Fraktionen von SP und CVP/EVP ebenso klar dagegen, obschon sie darauf eintraten. Die Grünen waren in dieser Frage gespalten. Das lässt darauf schliessen, dass die Vorlage nach der zweiten Lesung in der Schlussabstimmung zwar eine Mehrheit erreichen, das Vierfünftel-Quorum aber verfehlen wird. Das letzte Wort dürfte somit das Stimmvolk haben. «Und das kommt einem ständigen Torpedoangriff auf die Harmos-Vereinbarung gleich», sagte CVP-Sprecher Christian Steiner.

FALSCHER INSTANZ. Zuvor hatte SP-Sprecher Marc Joset den Landrat als «die falsche Instanz für die Beurteilung von Lehrplänen und Stundentafeln» bezeichnet. Der Bildungsrat sei das «bildungspolitische Gewissen» in diesem Kanton und gegen dessen Beschlüsse brauche es kein Vetorecht. Dem widersprachen die Befürworter. Der Bildungsrat werde dadurch ja nicht abgeschafft, sagte Michael Herrmann namens der FDP. Und Jürg Wiedemann

(Grüne) bezeichnete es als sinnvoll, dass ein Zweitgremium die Beschlüsse des Bildungsrates begutachtet und absegnet.

LANGE GESCHICHTE. Regierungsrat und Bildungsdirektor Urs Wüthrich hatte nie ein Hehl daraus gemacht, dass er die Kompetenzverschiebung für unzweckmässig hält. Auf erste Vorstösse aus dem Jahre 2005 reagierte die Regierung damit, dass sie dem Landrat die Abschaffung des Bildungsrates vorschlug und dem Parlament gleichzeitig ein Nein zum eigenen Antrag empfahl. Da mochte der Landrat aber nicht mitmachen und verlangte eine zweite Vorlage. Diese wurde im vergangenen Jahr – wohl nicht zuletzt wegen Unklarheiten bei der Abstimmung – abgelehnt.

Die nun zur Debatte stehende Revisionsvorlage wurde durch die Motion von Thomas de Courten ausgelöst, welche der Landrat am 22. April 2010 mit 39 zu 31 Stimmen überwies.



landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Gleichheit für Lehrbetriebe

Landrat überweist Motion

KURSKOSTEN. Der Kanton Basel-Stadt soll sich an den Kosten der überbetrieblichen Kurse bei der Lehrlingsausbildung in allen Fällen gleichermaßen beteiligen. Der Landrat hat eine entsprechende Motion von Urs Berger (CVP) überaus deutlich mit 69 gegen nur eine Stimme bei zwei Enthaltungen überwiesen.

Im revidierten Bildungsgesetz wurde die Höhe der Beiträge an die Kosten für die überbetrieblichen Kurse verdoppelt, allerdings nur für solche, in denen sich das Kurszentrum auch im Kanton Basel-Stadt befindet. Damit sind alle jene Betriebe benachteiligt, für deren Lehrlinge nur ausserhalb des Kantons ein Kursangebot besteht. Neu und rückwirkend auf den Beginn des laufenden Lehrjahres soll es deshalb nur noch eine Bedingung für die Beitragsberechtigung geben: Dass der Lernende eine Ausbildung in einem im Baselbiet domizilierten Betrieb absolviert.

Bildungsdirektor Urs Wüthrich wollte die Motion nur als Postulat entgegennehmen. Der Landrat war entschieden anderer Meinung. Gu

Hickhack um Unterricht

SVP-Motion scheidet

SCHULE UND POLITIK. Mit 44 zu 31 Stimmen wird eine SVP-Motion für «Politische Neutralität und Ausgewogenheit beim Unterricht an den basellandschaftlichen Schulen» abgelehnt. Die SVP wollte in diesem Sinne eine Bestimmung ins Bildungsgesetz aufnehmen. Es gebe immer wieder Beispiele von einseitiger politischer Beeinflussung, meinte Thomas de Courten (SVP). Doch die Bildungsdirektion delegiere diese Probleme immer an die entsprechenden Schulleitungen. Noch deutlicher wurde Karl Willimann (SVP): «Im Bildungswesen und in der Bildungsdirektion hat die Linke die Dominanz.»

Kritisch äusserte sich Michael Herrmann (FDP). Man habe die Schulleitungen stärken wollen, damit würden sie geschwächt. Eva Chappuis (SP) warf der SVP eine «Pauschalverurteilung» der Lehrerschaft vor. Und die ehemalige Lehrerin Agathe Schuler (CVP) meinte, dass ihre Schüler «gerade weil sie meine politische Haltung kannten», Gegenpositionen bezogen haben. -eck

Für kleinere Klassen

Grünen-Motion erhält Schützenhilfe von SVP-Minderheit

MARTIN BRODBECK

Die maximalen Klassengrössen an den Volksschulen sollen von 26 auf 23 Schüler gesenkt werden. Ein Vorstoss der Grünen wurde mit 43 zu 40 Stimmen angenommen.

«Ich hoffe, wir werden von unserer Fraktion nicht exkommuniziert», scherzte SVP-Landrat Karl Willimann. Er und sein Fraktionskollege Paul Wenger kämpften wie die Löwen für eine Motion von Jürg Wiedemann (Grüne) zur Verkleinerung der Klassengrössen an den Volksschulen. Und die fünfköpfige SVP-Minderheit gab den Ausschlag, dass die Motion gegen den Willen der Regierung überwiesen wurde. Diese ist nun gezwungen, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

Der Vorstoss verlangt, dass die Klassengrössen an der Volksschule von 26 auf 23 beziehungsweise 20 verkleinert werden. Seine Motion sei ein Kompromiss, betonte Wiedemann und verwies auf eine gescheiterte Motion von Paul Wenger, die noch weitergegangen war. Sie werde nur einige wenige Klassen betreffen und verursache daher keine grossen Kosten.

Gegenwind kam von der SVP-Mehrheit und der FDP. Thomas de Courten (SVP) unterstützte die Regierung. Michael Herrmann (FDP) begründete das Nein mit den finanziellen Auswirkungen. Die CVP wäre

bereit, die Motion als (unverbindliches) Postulat entgegenzunehmen, wie Barbara Peterli Wolf sagte. Lange sah es so aus, als ob nur bei einer Umwandlung in ein Postulat Siegeschancen bestehen würden. Doch die Grünen blieben hart – mit Erfolg. Denn auch die SP unterstützte das Begehren – obwohl Regierungsrat Urs Wüthrich (SP) dagegen sprach.

«SCHLUDRIGE ZAHL». Wüthrichs Antworten führten zu einem Schlagabtausch zwischen ihm und Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr. Die von der Regierung genannten Mehrkosten von 12,5 Millionen Franken seien «eine schludrige Zahl», der Bildungsdirektor argumentiere unseriös, warf Kirchmayr Wüthrich vor. Es fehle «die Gesamtsicht», die auch den vorzeitigen Abgang von Lehrkräften wegen unzumutbaren Belastungen berücksichtigen müsse. Wüthrich zeigte sich «irritiert» und sagte, die Berechnungen basierten auf einem Klassenverteilungsmodell.

Doch auch Karl Willimann (SVP) bezweifelte die Angaben der Regierung und meinte: «Selbst wenn die Zahlen stimmen würden, wäre es gut angelegtes Geld für die Volksschule.» Für die höheren Schulen habe der Kanton in letzter Zeit ein Mehrfaches ausgegeben.

nachrichten

Thomas Faust bleibt oberster Jugendanwalt

LIESTAL. Thomas Faust führt weiterhin die Baselbieter Jugendanwaltschaft. Der Landrat hat Faust in die neu geschaffene Funktion des Leitenden Jugendanwalts gewählt. Die Wahl erfolgte mit 59 zu 7 Stimmen. Faust ist seit 1996 Baselbieter Jugendanwalt. Mit der Einführung der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung auf Anfang 2011 wird die Dienststelle umgewandelt und der Dienststellenleiter wird zum Leitenden Jugendanwalt. SDA

Ja zum Beitrag an Behindertenfahrten

LIESTAL. Mit Murren Ja gesagt hat der Baselbieter Landrat zu Beiträgen an Behindertenfahrten für 2011: Er bewilligte am Donnerstag den beantragten Beitrag von 1,3 Millionen Franken – unter dem Vorbehalt, dass die Regierung ein überfälliges Konzept zur künftigen Regelung vorlegt. Der Rat folgte mit 60 zu 9 Stimmen seiner Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Der Transportdienst für Behinderte, die nicht das öffentliche Verkehrsmittel (ÖV) benützen können, sei in der Kommission nicht infrage gestanden, sagte deren Präsident. Unwillen ausgelöst habe aber das fehlende Neukonzept. SDA

Sportmuseum kann auf Subventionen hoffen

LIESTAL. Auch der Kanton Basel-Stadt soll eine Subventionierung des Sportmuseums Schweiz erwägen: Der Landrat hat am Donnerstag mit einem Postulat die Regierung aufgefordert, eine finanzielle Beteiligung am Sportmuseum in gleicher Höhe wie Basel-Stadt zu prüfen. Der Rat überwies das Postulat mit 40 zu 32 Stimmen an die Regierung. Dafür stimmten mehrheitlich SP, Grüne und CVP/EVP. SDA

S-Bahn von Aesch nach St. Johann

LIESTAL. Eine neue S-Bahn-Linie von Aesch zum Bahnhof St. Johann soll im Birstal einen 15-Minuten-Takt schaffen und eine rasche Verbindung ins boomende Basel Nord ermöglichen. Ein Postulat von Christine Koch (SP) nimmt die Regierung zur Prüfung entgegen.

Petition für eine Pflichtlektion weniger

LIESTAL. Der Landrat hat eine von 1715 Lehrpersonen unterschriebene Petition des VPOD Region Basel an den Regierungsrat überwiesen, die bezweckt, Klassenlehrer um eine Pflichtlektion zu entlasten. Die grosse Unterschriftenzahl sei als Hilferuf der Lehrerschaft zu verstehen, die ihre Überzeit nicht mehr abbauen könne, sagte Kommissionspräsidentin Agathe Schuler.

im vorzimmer

Was Baselbieter Parlamentarier über den neuen Bischof denken

POSITIV. Felix Gmür wurde zum neuen Bischof des Bistums Basel gewählt (die BaZ berichtete). Der 44-jährige Luzerner tritt somit die Nachfolge des nach Rom berufenen Kurt Koch an. Gestern Donnerstag machte die BaZ bei der Landratssitzung in Liestal eine Umfrage: Wie haben die Politiker die Wahl empfunden, und was für einen Stellenwert hat bei ihnen die Religion? Bei einem Grossteil der Landräte und -rätinnen hinterliess der neue Bischof einen positiven, ersten Eindruck. Die meisten befragten Parlamentarier sind sich jedoch einig, dass die Kirche Themen wie die Stellung der Frauen oder den Gebrauch von Präservativen besser kommunizieren müsse. fun



Eva Chappuis.
(SP)

«Für mich keine Bedeutung»

«Für mich hat weder die Kirche, noch der neue Bischof irgendeine Bedeutung. Ich betrachte die Steuern, die ich der Kirche zahle, als Sozialabgabe. Deswegen bin ich noch nicht aus der Kirche ausgetreten, obwohl es 100 Gründe gäbe, diese Gemeinschaft zu verlassen.»



Elisabeth Augstburger.
(EVP)

«Sehr guter Eindruck»

«Mein erster Eindruck vom neuen Bischof ist äusserst gut. Er scheint ein volksnaher und guter Mensch zu sein, was sich durch seine Tätigkeit als Seelsorger zeigt. Das Interview mit Gmür in der BaZ werde ich noch lesen. Ich wünsche ihm bei seiner neuen Aufgabe alles Gute und Gottes Segen.»



Barbara Peterli-Wolf.
(CVP)

«Symbolisiert neue Generation»

«Ich finde die Wahl des neuen Bischofs ein sehr positives Zeichen. Felix Gmür symbolisiert die neue, junge Generation. Nun hoffe ich, dass Themen, die die Gesellschaft und Religion gleichermaßen betreffen, besser kommuniziert werden. Beispielsweise der Gebrauch von Präservativen.»



Rolf Richterich.
(FDP)

«Gesicht der Gemeinschaft»

«Ich erhoffe mir unter der neuen Führung eine gute ökumenische Zusammenarbeit, also eine bessere Vernetzung der verschiedenen christlichen Kirchen. Als Gesicht der Gemeinschaft hat Felix Gmür nun einen wichtigen Posten, denn er ist der kirchliche Vertreter nach aussen.»



Thomas de Courten.
(SVP)

«Habe Erwartungen an den Bischof»

«Ich habe die Wahl sehr interessiert mitverfolgt. Ich bin römisch-katholisch, stehe der kirchlichen Führung aber kritisch gegenüber. An den neuen Bischof Felix Gmür habe ich deshalb Erwartungen. Die Kirche muss den heutigen Gegebenheiten Rechnung tragen und offener kommunizieren.»